

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 68
November
2010

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

Verteidigungsminister zu Guttenberg hat die Beteiligten geschüttelt und sie haben sich tatsächlich bewegt. Viele Insider haben zunächst den Kopf geschüttelt und sind heute verblüfft, wie reibungslos und souverän sich Wandel gestalten lässt. "Denken Sie immer an die Chancen. Die Risiken sind evident; ... Spaß an der Veränderung." Diese Worte der Bundeskanzlerin bei der Kommandeurstagung der Bundeswehr weisen die neue Marschrichtung, an der sich plötzlich alle in Politik, Medien und Streitkräften orientieren. Wer hätte das gedacht?!

Und wer hätte gedacht, dass Gerd Hilbig dies so anschaulich und gelungen in einer Zeichnung skizzieren kann! Ihm haben wir zu danken, wie auch den Autoren dieser Ausgabe der Denkwürdigkeiten, die zu Schlüsselthemen Vernetzter Sicherheit und damit zugleich dem Wesenskern der neuen, in Lissabon verabschiedeten NATO-Strategie Denkwürdiges beitragen.

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

THEMEN

Die Bedeutung der Vernetzten Operationsführung für die Streitkräfte

Vortrag vor dem Rotary Club Fürstenfeldbruck und der pmg am 13. September 2010

Man sagt, Streitkräfte sind immer in Bewegung – Stillstand bedeutet Rückschritt. Das gilt auch für die Bundeswehr.

Man muss allerdings ehrlicher Weise sagen, dass es wegen der grundlegenden Veränderungen der letzten 20 Jahre und der zeitweise dramatischen Unterfinanzierung für die Bundeswehr nicht leicht war, mo-

In dieser Ausgabe

2 Die Bedeutung der Vernetzten Operationsführung für die Streitkräfte

Harald Kujat

4 Ende oder Wandel der klassischen Diplomatie

Dr. Claas Knoop

7 The UK Defence Review and the Implications for Germany

Maxim Worcester

9 Wissensmanagement in der Bundeswehr: 7 Thesen

Harro Wist

10 Interview mit Dr. Gunther Mulack: Afghanistan – Quo Vadis?

Dr. Peter Roell

derne Streitkräfte zu schaffen, die fähig sind, das gesamte Spektrum der ihnen gestellten Aufgaben optimal zu erfüllen. Gleichwohl dürfen wir nicht von der Forderung abgehen, Aufgaben, Fähigkeiten und die dazu notwendigen Mittel in Einklang zu bringen. Auch wenn es angesichts der vorhersehbaren sicherheitspolitischen und operationellen und vor allem haushaltspolitischen Entwicklungen in Zukunft eher noch schwieriger wird als bisher.

Grundsätzlich gilt, dass zukunftsfähige Streitkräfte nur dann entstehen, wenn Wissenschaft, Industrie und Streitkräfte eng zusammenarbeiten. Die Industrie muss gerade angesichts der in

den letzten Jahren deutlich reduzierten Mittel für Forschung und Entwicklung wissen, welche Aufgaben den Streitkräften für die Zukunft gestellt sind, mit welchen Herausforderungen sie konfrontiert werden und wie die operativen Rahmenbedingungen für den Einsatz aussehen.

Die Streitkräfte müssen erkennen können, was technisch realisierbar ist und in militärische Fähigkeiten umgesetzt werden kann. Aber auch, welche wissenschaftlichen Fortschritte zur Fähigkeitsentwicklung beitragen und wie sie nutzbar gemacht werden können. Es geht also um eine kontinuierliche Anpassung der Streitkräfte an die sich verändernden sicherheitspolitischen Herausforderungen. Ein Prozess, der in der NATO als Transformation bezeichnet wird.

Ich denke, man kann **Transformation** definieren als:

fortgesetzten Prozess der Entwicklung und Integration innovativer Konzepte, Doktrinen und Technologien mit dem Ziel, die Wirksamkeit und Interoperabilität der Streitkräfte angesichts sich ständig verändernder sicherheitspolitischer, geostrategischer und technologischer Rahmenbedingungen zu verbessern.

Als Ergebnis des Transformationsprozesses werden Streitkräfte angestrebt,

- Die so strukturiert, ausgerüstet und ausgebildet sind, dass sie schnell und flexibel für eine bestimmte Mission zusammengestellt, über strategische Entfernungen verlegt und im Verbund aller Waffengattungen und Teilstreitkräfte in nahtloser Interoperabilität mit verbündeten Streitkräften eingesetzt werden können,
- Die über ein Kontinuum von Fähigkeiten verfügen, welche das

gesamte Spektrum möglicher Konflikte abdecken und ein hohes Operationstempo bei einer angemessenen Durchhaltefähigkeit erlauben,

- Die mit überlegenen Technik ausgerüstet sind und durch ein integriertes logistisches System unterstützt werden,
- Die darauf eingestellt sind, unter netzwerkunterstützten Bedingungen zu operieren,
- Die zu kurzfristigen Umgruppierungen in der Lage sind und eng mit zivilen Organisationen,

von drei funktional zusammenhängenden Bereichen beschreiben möchte, die insgesamt auch als **netzwerkunterstützte Operationsführung** bezeichnet werden.

Darunter versteht man vereinfacht gesagt

die Verknüpfung von Sensoren, Informations-, Lagedarstellungs- und Führungssystemen sowie Waffensystemen. Dazu alliierte und multinationale militärische Führungs- und Informationssysteme, Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen in einem integrierten, auf Zusammenarbeit angelegten, die Planung, Entscheidung und Durchführung unterstützenden Verbund. Die netzwerkunterstützte Operationsführung soll den zeitverzugslosen und sicheren Austausch von Informationen durch Kommunikationsnetzwerke ermöglichen, die nahtlos miteinander verbunden, interoperabel und störresistent sind und die die zeitverzugslose Sammlung, Verdichtung, Analyse und Verteilung von Informationen erlauben.

1. Hinter dem Begriff Sensoren steht eine umfassende Aufklärungskapazität auf allen drei Ebenen – strategisch, operativ und taktisch – mit einer kontinuierlichen Informationsversorgung und einer darauf aufbauenden Prognose-, Entscheidungs- und Reaktionsfähigkeit. Nur so kann Informations-, besser

Wissensüberlegenheit erreicht werden.

Auf strategischer Ebene, insbesondere aufgrund der Nähe zur Politik, ist eine umfassende geostrategische Aufklärungsfähigkeit die Grundlage für die grundsätzliche Einsatzentscheidung sowie für die Planung und Durchführung eines Einsatzes. Hier sind in den letzten Jahren mit der Einfüh-

NUN BEWEGT EUCH DOCH MAL EIN BISSCHEN!



NGO's und internationalen Organisationen zusammenarbeiten können,

- Bei denen die Masse der Streitkräfte schnell zwischen verschiedenen Operationsformen (beispielsweise Kampfeinsatz und Stabilisierungsoperation) wechseln kann und auch auf Konfliktnachsorge vorbereitet ist.

Das bringt mich zum Kern der heutigen Thematik, die ich anhand

rung des satellitengestützten Aufklärungssystems SAR-Lupe grundlegende Fortschritte erzielt worden.

Auf operativer Ebene bestimmen Geographie, Klima und das Verhalten des Gegners die technischen Voraussetzungen für das Erlangen von Informationsüberlegenheit.

Militärische Einsätze sind heute hochkomplex und werden an Komplexität eher noch zunehmen. Die Streitkräfte operieren in einem multilateralen Umfeld mit Kräften anderer Nationen und in enger Koordinierung und Zusammenarbeit mit zivilen internationalen und nationalen Organisationen sowie Nicht-Regierungsorganisationen, in einem Umfeld, in dem die Zivilbevölkerung integraler Bestandteil des Gefechtsfeldes ist. Der Quantensprung von der herkömmlichen Operationsführung zu dem, was unter diesen Umständen geboten, besteht daher in der Überwindung dessen, was die Anglo-Amerikaner „fog of war“ nennen und Clausewitz präziser als Friktionen bezeichnet. Informationsüberlegenheit soll dazu führen, dass Friktionen so weit wie möglich ausgeschaltet oder doch in ihren Auswirkungen reduziert werden.

2. Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien ist heute bereits relativ weit verbreitet. Die netzwerkunterstützte Operationsführung soll jedoch mehr leisten.

- Zum einen soll sie eine gemeinsame Lagebeurteilung auf der Grundlage aktueller und gesicherter Informationen, eine fundierten Entscheidungsfindung und Entschlussfassung sowie eine zuverlässige Kontrolle der daraus folgenden Aktionen ermöglichen. Dies ist der entscheidende Kern eines Systems zur netzwerkunterstützten Operationsführung ohne den alles andere Stückwerk ist.
- Zum zweiten soll sie die präzise Einsatzsteuerung der Aufklärungssensoren

in Abhängigkeit von den operativen Rahmenbedingungen und der jeweiligen aktuellen Lageentwicklung erlauben.

- Zum dritten soll sie die Verbindung zwischen den Sensoren und den Waffensystemen herstellen und die für deren Einsatz notwendigen Zieldaten ohne Zeitverzug weiterleiten.

Hinzu kommt:

- Die Integration von Waffensystemen mittlerer und größerer Reichweite in das Gesamtsystem mit der Möglichkeit der funktionalen Steuerung durch ein zentrales Führungssystem, indem durch mit den von Sensoren übermittelten Zieldaten direkt in die Waffensysteme eingegeben werden.

Mit fortschreitender Technik entstehen immer mehr Insellösungen, kleine Netzwerke, ohne über einen funktionalen Verbund eine Gesamt-Lagedarstellung und effektive Führung zu ermöglichen. Als Beispiel dafür möchte ich das Konzept des **Infanteristen der Zukunft** erwähnen. Hierbei handelt es sich um ein System im netzwerkunterstützten Operationssystem. Das ist einerseits die Integration des einzelnen Infanteristen in die Gruppe mit einer vollständigen Vernetzung der Gruppenmitglieder. Andererseits ist es aber auch die Fähigkeit zur Beobachtung, Aufklärung und Zielbekämpfung als funktionale Einheit durch den einzelnen Soldaten. Dazu gehört die drahtlose Übertragung von Tag- und Nachtvideobildern des Wärmebildgerätes, des Wärmebildzielgerätes bzw. des Videovisiers (beispielsweise der Waffe G 36 oder auch des Infrarotvisiers des G 82) durch das Helmdisplay. Das Helmdisplay (Lage) kann sowohl die eigene Position als auch die der anderen Gruppenmitglieder darstellen und ebenso gegnerische Kräfte, Waffensysteme usw. anzeigen. Im System „Infanterist der Zukunft“ sind eine ganze Reihe von neuen Technologien in beispielhafter Weise realisiert worden, die je-

doch erst dann ihre volle Wirksamkeit entfalten können, wenn sie für die Führung auf operativer Ebene in einem Gesamtzusammenhang verfügbar gemacht werden können.

1. Wir mögen zwar in der Lage sein, Begriffe wie Krieg, Kampfhandlungen, Stabilisierungsoperationen oder Peacekeeping definitorisch zu unterscheiden, in der von unseren Soldaten wahrgenommenen Realität spielt das jedoch keine Rolle. Was für sie zählt, ist die subjektiv empfundene Gefährdung, die Unverhältnismäßigkeit des Aufwands zum Schutz des eigenen Lebens gegenüber den Möglichkeiten zur Erfüllung des gestellten Auftrags, und die Schwierigkeit, den Erfolg des eigenen Einsatzes im Hinblick auf den Gesamterfolg zu messen.
2. Der Gegner ist sowohl intellektuell als auch in der Realität schwer fassbar. Er trägt vielleicht Zivil und seine Waffe versteckt, bis er sie einsetzt. Er achtet keine Regeln, weder die des Anstands noch des Kriegsvölkerrechts. Er versteckt sich hinter Frauen und Kindern und bezieht deren Tod in seine Taktik mit ein. Er ist vielleicht Analphabet, aber er benutzt moderne Technologien. Oder er setzt einfachste Technologien mit höher Sprengkraft ein, ohne dabei sein eigenes Leben zu schonen.
3. Die Konzeption der netzwerkunterstützten Operationsfähigkeit bietet deshalb als ein Kernstück des Transformationsprozesses unter den derzeitigen operativen Lagebedingungen die besten Voraussetzungen für einen militärischen Einsatzerfolg und zugleich für ein Höchstmaß an Sicherheit für die eingesetzten Soldaten. Darüber hinaus sind wir in der seltenen glücklichen Lage, dass auch die Technologien für eine solche Konzeption schon heute zur Verfügung stehen. Ja, praktisch jederzeit abrufbar sind.
4. Tatsächlich bedeutet die netzwerkunterstützte Operations-

führung einen markanten Wendepunkt in der Operationsführung. Und das enorme Wachstumspotential, das die Informationstechnik, die Infrarottechnik, Optronic und die Nano-Technologie bieten, werden die militärische Operationsführung mit großer Dynamik weiter entwickeln und vorantreiben.

Dies zu nutzen, würde auch die Entwicklung des Wissenschafts- und Industriestandortes Deutschland fördern. Übrigens wäre dies auch ein Weg, Aufgaben, Fähigkeiten und Mittel wieder miteinander in Einklang zu bringen.

Die netzwerkunterstützte Operationsführung mit einem integrierten und funktionalen Verbund von Aufklärung, Lagedarstellung, Führung und Wirkung die Fähigkeit, die dabei den größten Erfolg verspricht. Vorausgesetzt, man versteht sie als ein Operationskonzept, das den Einsatz modernster Technologie erfordert – d.h. man vernachlässigt nicht die technischen, besser ausrüstungstechnischen Aspekte.

Wenn daher die Fähigkeit zur netzwerkunterstützten Operationsführung entscheidend ist sowohl für den Einsatzerfolg als auch für den Schutz und die Sicherheit der eingesetzten Soldaten – und dies ist meine feste Überzeugung – dann müsste alles getan werden, um auf diesem Wege optimale Einsatzbedingungen für unsere Soldaten zu erreichen.

Lassen Sie mich abschließend noch ganz kurz zusammenfassen, worum es bei der Umsetzung der Konzeption der vernetzten Operationsführung geht:

Es geht um Informationsüberlegenheit durch eine umfassende, permanente und weiträumige Aufklärung mit einem Verbund von Sensoren auf allen Ebenen (taktisch, operativ, strategisch), die lageabhängig gesteuert werden können und alle Daten in nahezu Echtzeit übermitteln.

Ein Führungs- und Informationssystem, das eine gemeinsame, einheitliche Lagedarstellung und -

beurteilung sowie eine gesicherte und fundierte Entschlussfassung auf allen Führungsebenen und die zeitverzugslose Einsatzsteuerung von Waffensystemen in einem nach Art und Reichweite breiten Spektrum erlaubt.

Harald Kujat, General a.D.

Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder.

THEMEN

Ende oder Wandel der klassischen Diplomatie?

Die Entwicklung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) nach dem Vertrag von Lissabon¹

Als Graf Spreti im April 1970 in Guatemala ermordet wurde, sah die Welt anders aus als heute. Europa und Deutschland waren geteilt, die beiden Supermächte standen sich hochgerüstet mit Atomwaffen unversöhnlich mit ihren jeweiligen Verbündeten im Kalten Krieg gegenüber. In dieser Welt der 70er Jahre waren in den internationalen Beziehungen in erster Linie die Instrumente und Fähigkeiten „klassischer Diplomatie“ gefordert: D.h., für uns Deutsche – aber natürlich nicht nur für uns – in aller erster Linie den Ausbruch eines weiteren Krieges – dieses Mal mit Atomwaffen, deren Einsatz unser Land und die Deutschen vernichtet hätte – unter allen Umständen zu verhindern. Mit anderen Worten: Diplomatie, deutsche Diplomatie zumal, diene zuerst dem obersten Zweck, durch kluges und weitsichtiges Auftreten und Verhandeln in dem Geflecht internationaler Beziehungen den Frieden zu bewahren und – für Deutschland – den Weg zu einer Wiedervereinigung nicht zu verbauen.

Auch wenn sich Graf Spreti und mit ihm wohl keiner seiner damaligen Kollegen in den europäischen

nationalen Diensten einen EAD vorstellen konnten: zwei wesentliche Entwicklungslinien, die letztlich mit dazu beigetragen haben, den Gedanken an einen EAD zu entwickeln, sind – im Rückblick – schon in den 70er Jahren erkennbar.

Da ist zunächst die gerade in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ausgeprägte Dynamik des voranschreitenden europäischen Integrationsprozesses zu nennen. Die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments und die Einheitliche Europäische Akte sind zwei Belege, die ich hier nur erwähnen möchte. Es liegt in der Logik des europäischen Integrationsprozesses, dass er – getrieben natürlich auch von sich ändernden Rahmenbedingungen in den internationalen Beziehungen – in den 90er Jahren und danach auch allmählich und schrittweise Aktionsfelder erfasste, die bis dato vornehmlich als Domänen nationaler Souveränität galten: Die Justiz- und Innenpolitik und die Außen- und Sicherheits- bzw. Verteidigungspolitik.

Die feige Ermordung von Botschafter Karl Graf Spreti war ein terroristischer Akt, die uns auf tragische Weise im Rückblick bewusst macht, dass die Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu einer der Kernaufgaben der Diplomatie des einundzwanzigsten Jahrhundert zählt.

Dies führt uns zum zentralen Motiv, das der Entwicklung eines EAD zugrunde liegt: Europa wird angesichts der globalen Herausforderungen, wie z.B. durch den internationalen Terrorismus, seine Stellung und seine Interessen nur mit einer gesamteuropäischen Außenpolitik „aus einem Guss“ und einem handlungsfähigen EAD behaupten können.

Der Gedanke, einen eigenständigen EAD ins Leben zu rufen, wurde während der Konventverhandlungen über eine europäische Verfassung 2003/2004 in seinen Grundzügen im wesentlichen im Auswärtigen Amt in Berlin entwickelt und in die Beratungen des Konvents eingeführt. Wie man sich unschwer vorstellen kann, fiel

¹ Der Beitrag entspricht im Wesentlichen einem Vortrag, den der Autor am 04.11.2010 auf Einladung der Karl Graf Spreti Stiftung in München gehalten hat.

der Gedanke nicht bei allen Mitgliedsstaaten von vornherein auf fruchtbaren Boden. Der größte Widerstand – wen wundert es? – kam von jenseits des Kanals. Nach hartem Ringen gelang es dennoch, den EAD im Entwurf des Verfassungsvertrags zu verankern, der auch von Premierminister Blair am 29.10.2004 in Rom unterzeichnet wurde.

Allerdings war es noch keineswegs sicher, dass er die Reform des Entwurfs für eine Verfassung, die ja am französischen und niederländischen Veto gescheitert war, überleben würde. Dass er jetzt im Lissaboner Vertrag in Artikel 27 verankert ist, und alle Hürden damit überwunden wurden, ist im Rückblick immer noch ein kleines Wunder!

Artikel 27 des EU-Vertrags in der Fassung von Lissabon, der die Kompetenzen des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und die Aufgaben sowie die Zusammensetzung des EAD in den Grundzügen festlegt, lautet wie folgt:

„Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, der im Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ den Vorsitz führt, trägt durch seine Vorschläge zur Festlegung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bei und stellt sicher, dass die vom Europäischen Rat und vom Rat erlassenen Beschlüsse durchgeführt werden.

Der Hohe Vertreter vertritt die Union in den Bereichen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Er führt im Namen der Union den politischen Dialog mit Dritten und vertritt den Standpunkt der Union in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen.

Bei der Erfüllung seines Auftrags stützt sich der Hohe Vertreter auf einen Europäischen Auswärtigen Dienst. Dieser Dienst arbeitet mit den Diplomatischen Diensten der Mitgliedstaaten zusammen und umfasst Beamte aus den einschlägigen Abteilungen des Generalsekretariats des Rates und der Kommission sowie abgeordnetes Personal der nationalen Diplomatischen Dienste. Die Organisation

und die Arbeitsweise des Europäischen Auswärtigen Dienstes werden durch einen Beschluss des Rates festgelegt. Der Rat beschließt auf Vorschlag des Hohen Vertreters nach Anhörung des Europäischen Parlaments und nach Zustimmung der Kommission.“

Entsprechend Artikel 27 Lissaboner Vertrag hat der Rat am 26. Juli 2010 auf Grundlage eines Vorschlags von Lady Ashton, der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, einen Beschluss gefasst, in dem die Details für den Aufbau und die Funktionsweise des Dienstes enthalten sind.

Ausgehend von diesen Rechtsgrundlagen soll der EAD in den kommenden Monaten schrittweise zu einem effizienten Instrument europäischer Außenpolitik aufgebaut werden.

Der Dienst soll in der Aufbauphase ca. 1.100 Diplomaten umfassen, davon 800 aus den Diensten von Kommission und Ratssekretariat sowie ca. 300 aus den diplomatischen Diensten der 27 Mitgliedstaaten. Erste Ausschreibungen und Entscheidungen für die Besetzung einzelner Spitzenpositionen sind bereits erfolgt. So wird z.B. ein deutscher Diplomat, der bisher den Planungsstab im Berliner AA geleitet hat, der EU-Botschafter in Peking. Verglichen mit nationalen Auswärtigen Diensten von EU-Mitgliedstaaten nimmt sich der EAD also personell recht bescheiden aus – etwa in der Größenordnung der niederländischen und dänischen Dienste. Zum Vergleich: Der deutsche Auswärtige Dienst beschäftigt heute insgesamt knapp 6.000 Personen.

Für einen einheitlichen EAD ist es selbstverständlich, dass für das gesamte Personal dieses neuen Dienstes – also auch für die Beamten, die aus den mitgliedstaatlichen Auswärtigen Diensten kommen – ein einheitliches Personalstatut gilt. Das Europäische Beamtenstatut, das schon bisher einheitliche Regeln für alle Europabeamten enthält, gilt deshalb – mit einigen Modifikationen – auch für den EAD. Die nationalen Beamten, die in den EAD übernommen werden, erhalten den Status

von Zeitbeamten, der zunächst in der Regel auf vier Jahre mit Verlängerungsmöglichkeit angelegt sein wird.

Ein grundlegendes Prinzip, das für alle nationalen Auswärtigen Dienste gilt, wird auch für den EAD übernommen: Das Rotationsprinzip, d.h. alle Beamten, die für den EAD arbeiten, unterliegen der Postenrotation – eine bewährte Praxis, mit der u.a. auch vermieden wird, dass bei Auswahl und Besetzung freiwerdender Stellen „Erbhöfe“, z.B. für bestimmte Mitgliedstaaten, entstehen.

Der EAD wird in Brüssel eine eigene Verwaltungsstruktur erhalten, um seine Aufgaben – „den Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik bei der Erfüllung seines Auftrags zu stützen“ – wahrnehmen zu können.

An der Spitze der EAD Struktur steht ein Generalsekretär (der frühere Ständige Vertreter Frankreichs in Brüssel, Vimont, ist dafür ausersehen), dem zwei stellvertretende Generalsekretäre zur Seite gestellt werden.

Unterhalb dieser Leitungsebene gibt es fünf nach Regionen aufgestellte Abteilungen, z.B. eine für Afrika, für Asien, etc. Zusätzlich soll eine thematisch ausgerichtete Abteilung für Querschnittsaufgaben, z.B. Menschenrechte, Internationaler Terrorismus, multilaterale Fragen zuständig sein. Die EAD-Struktur richtet sich damit im Wesentlichen an der bewährten Struktur nationaler Auswärtiger Dienste aus.

Die bisher weitgehend unabhängig voneinander agierenden sog. RELEX-Generaldirektionen der Kommission und des Ratssekretariats werden unter dem Dach des EAD zusammengeführt und personell gebündelt. Ab Juli 2013 soll der Zugang zum EAD grundsätzlich für alle Angehörigen von EU-Dienststellen geöffnet werden.

Zur Brüsseler Zentrale des EAD werden auch ein Lagezentrum und eine Reihe von Arbeitseinheiten gehören, die für Aufgaben im Rahmen der Gemeinsamen Si-

cherheits- und Verteidigungspolitik zuständig sein werden.

Ein Europäischer Auswärtiger Dienst braucht natürlich nicht nur eine Zentrale in Brüssel, sondern auch Auslandsvertretungen. Seit dem 01.01.2010 wurden alle bisherigen Delegationen der EU-Kommission in Drittländern auf der Grundlage des Lissaboner Vertrags zu EU-Delegationen, an deren Spitze ein EU-Botschafter steht. Die Besetzung der Botschafterposten und weiterer Stellen an einer EU-Vertretung wird künftig aus den Reihen des EAD erfolgen.

Der Status der Vertretungen in den 27 Mitgliedstaaten bleibt hiervon übrigens unberührt. Sie werden auch künftig ihre Aufgaben als Informationsbüros der Kommission wahrnehmen.

Was kann der EAD künftig für Europa leisten? Zunächst erscheint hier der Hinweis angebracht, dass wir ja erst ganz am Anfang einer neuen Dimension Europäischer Außen- und Sicherheitspolitik stehen. Wir bewegen uns auf noch unsicherem Terrain und vieles wird sich in den kommenden Monaten und Jahren, gerade auch im Hinblick auf die Rollenverteilung zwischen EAD und nationalen Diensten, einspielen müssen.

Es ist an dieser Stelle auch wichtig, sich klarzumachen, dass der EAD entsprechend dem Lissaboner Vertrag nicht alle Bereiche der Außenbeziehungen der EU abdecken wird – da unterscheidet er sich übrigens nicht von nationalen Auswärtigen Diensten. Die Außenhandelspolitik der EU bleibt auch künftig eine Domäne der EU-Kommission. Die Politikfelder EU-Erweiterung und die Entwicklungszusammenarbeit der EU bleiben – mit einigen Ausnahmen im Hinblick auf die EU-Entwicklungspolitik – außerhalb der Zuständigkeit des EAD (allerdings erhält der EAD wichtige koordinierende Funktionen im Hinblick auf die gesamte Bandbreite der Außenbeziehungen der EU).

Das zentrale Operationsfeld des EAD wird demzufolge die Außen- und Sicherheitspolitik der EU sein,

also z.B. die Frage, welchen Kurs verfolgt die EU in ihrer Politik gegenüber dem Iran oder wie geht sie z.B. gegen internationalen Terrorismus oder Piraterie vor.

Der Lissaboner Vertrag hat (leider) nichts daran geändert, dass die EU auf diesen Aktionsfeldern bis auf weiteres nur einstimmig entscheiden kann. EU-Außen- und Sicherheitspolitik bleibt also auch in absehbarer Zukunft klassisch intergouvernemental.

Die Konsequenz aus diesem Erfordernis der Einstimmigkeit aller 27 Mitgliedstaaten liegt auf der Hand: Ein EU-Botschafter in jedem beliebigen Drittland ist im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bzw. der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur insoweit handlungsfähig, als es die zuvor in Brüssel zu erreichende Einstimmigkeit unter den 27 Mitgliedstaaten erlaubt! Widerspricht nur ein Mitgliedstaat, kann ein EU-Botschafter gegenüber seinem Gastland nicht im Namen der Union auftreten. Damit ist sein Aktionsradius unter Umständen ungleich begrenzter als z.B. der eines US-Botschafters, der ja nur auf eine Hauptstadt zu hören braucht.

In aller Regel werden die EU-Delegationen in Drittländern ihre Weisungen von der EAD-Zentrale in Brüssel erhalten. Allerdings, in den Politikfeldern, in denen die Kommission ihre Kompetenzen unbeschadet der Zuständigkeiten des EAD ausübt (wie z.B. in der Handelspolitik), hat auch sie eine entsprechende Weisungskompetenz an die EU-Delegationen.

Die klassisch intergouvernementale Struktur europäischer Außen- und Sicherheitspolitik zeigt zugleich ihre Risiken und Grenzen auf. Die tiefe Kluft, die sich z.B. im Hinblick auf die Teilnahme am Irak-Krieg zwischen den EU-Mitgliedstaaten aufgetan hat, ist nur ein Beispiel dafür, wie in schwierigen außen- und sicherheitspolitischen Situationen auch künftig in der EU um gemeinsame Positionen, die der EAD zu exekutieren hätte, gerungen werden muss.

Ich möchte hier aber keinen falschen Eindruck erwecken. Ich bin sehr optimistisch, dass der EAD, der ja erst ganz am Anfang seiner Aufgaben steht, sich zu einem echten Mehrwert in den Außenbeziehungen der EU entwickeln kann. Das Außenprofil der EU wird durch ihn schärfer, ihr Gewicht in internationalen Gremien und bei Verhandlungen wird durch mehr Kohärenz gestärkt werden, wenn – und das ist die Grundvoraussetzung für jeden Integrationsfortschritt – der politische Wille in allen Mitgliedstaaten dafür mobilisiert werden kann.

Abschließend noch einige Worte über die Konsequenzen, die der EAD und veränderte internationale Rahmenbedingungen für unseren deutschen Auswärtigen Dienst mit sich bringen dürften.

10 Jahre nach dem Jahrtausendwechsel, 20 Jahre nach der Wiedervereinigung und fast ein Jahr nach Etablierung des EAD steht unser deutscher Auswärtiger Dienst auf dem Prüfstand und vor wichtigen Weichenstellungen im Hinblick auf die Rolle, die er im 21. Jahrhundert spielen kann. Ich möchte hier nur auf einige wenige Punkte eingehen:

1. Die fiskalischen Zwänge. Die von der Bundesregierung beschlossene „Schuldenbremse“ wird dazu führen, dass der deutsche Auswärtige Dienst in den kommenden Jahren jeweils zweistellige Millionenbeträge einsparen muss. Angesichts der Sparzwänge verwundert es deshalb auch nicht, dass aus dem parlamentarischen Raum bereits Stimmen laut werden, die massive Einsparungen, z.B. durch Schließung von Auslandsvertretungen, fordern. Lassen Sie mich hierzu nur folgendes anmerken: Was wäre denn so schlimm, wenn wir unsere Botschaft – sagen wir z.B. in Burkina Faso – schließen und unsere Interessen in diesem afrikanischen Land durch den EU-Botschafter (der ja theoretisch auch ein Deutscher sein könnte!) vertreten ließen?!
2. Die Rolle des AA und damit natürlich auch die des Außen-

ministers wird zunehmend davon berührt, dass seine vom Grundgesetz vorgegebene Kompetenz zur Wahrnehmung der Außenbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland Konkurrenz aus Fachressorts, vor allem auch aus dem Kanzleramt und von den sog. „Mittlerorganisationen“, wie z.B. Goethe-Institut oder GTZ bekommt.

Ein Beispiel: Während noch unter dem Nizza-Vertrag von 2001 die Außenminister bei jedem EU-Gipfeltreffen mit am Tisch sitzen konnten, ist dies nach Inkrafttreten des Lissaboner Vertrags nicht mehr vorgeesehen.

Hinzu kommt, dass die weltweit vernetzte Informationstechnologie dazu beiträgt, dass „klassische Diplomatie“ immer weniger nachgefragt wird. Auch hier nur ein Beispiel von vielen: Wenn Bundeskanzlerin Merkel etwas Wichtiges/Vertrauliches von höchster Dringlichkeit mit Präsident Obama zu besprechen hat, steht ihr dafür heute die gesamte IT-Palette zur Verfügung – die Botschaft in Washington wird zwar noch beteiligt, aber in zunehmender Weise nicht mehr als Hauptakteur.

3. Es verwundert daher nicht, dass vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen im deutschen Auswärtigen Dienst ein lebhafter, interner Diskussionsprozess über seine Zukunft im 21. Jahrhundert begonnen hat („Zukunftsforum AA 2020“). Grundgedanke der bisherigen Überlegungen ist es, die Aktionsfelder des AA und seines Personals künftig im Wesentlichen auf vier Kernthemen zu begrenzen, bei denen das AA seine Fachkompetenz unbestritten einbringen kann:

- Die weitere Entwicklung des Integrationsprozesses in Europa
- Sicherheitspolitische Themen, wie z.B. Abrüstung; dazu gehört auch das weite Feld der Bekämpfung des internationalen Terrorismus

- Multilaterale Themen im Zusammenhang mit der Globalisierung und last but not least
- die Förderung der deutschen Außenwirtschaftsinteressen.

Die gelegentlich zu hörenden Sorgen, dass sich das Auswärtige Amt mit Einrichtung des EAD auf mittlere oder längere Sicht überflüssig machen könnte, halte ich für völlig unbegründet. Der EAD ist ein *komplementäres* Instrument zur Außenpolitik der EU-Mitgliedstaaten aber beileibe kein Ersatz für die nationalen Dienste, die – wenn sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren – auch in Zukunft in einem hochkomplexen und sich ständig ändernden Geflecht internationaler Beziehungen eine wichtige Rolle bei der Wahrnehmung nationaler Interessen spielen werden.

Für deutsche Diplomaten bietet der EAD in Zukunft zusätzliche attraktive Möglichkeiten, ihre Fähigkeiten für eine begrenzte Zeit in den Dienst Europas zu stellen.

Ich bin sicher, dass auch Graf Spreiti, der als erster deutscher Nachkriegsbotschafter in Luxemburg immer auch ein offenes Ohr für die Gestaltung und Integration Europas hatte, diese Entwicklungen, von denen wir bis vor kurzem nur träumen konnten, aus vollem Herzen begrüßt hätte.

Dr. Claas Knoop, Berlin

Botschafter a.D. Dr. Claas Knoop war bis Juli 2010 deutscher Botschafter in Addis Abeba (Äthiopien) und Dschibuti sowie ständiger Vertreter Deutschlands bei der Afrikanischen Union mit Beobachterstatus. Dr. Knoop trat 1976 in den Auswärtigen Dienst ein und hatte Verwendungen in verschiedenen Funktionen in Wellington, Brüssel, Pretoria und Bangkok. Er war Leiter des Europapolitischen Grundsatzreferats, AA Berlin und Politischer Gesandter an der Ständigen Vertretung bei der EU, Brüssel. Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Dieser Beitrag wurde vom Institut für Strategie-, Politik-, Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (www.ispsw.de), Berlin, publiziert.

THEMEN

The UK Defence Review and the Implications for Germany

The cuts in Britain's defence Budget might seem excessive to those in the armed forces, in truth, however, they are long overdue and realistic given the financial constraints and the threats which Britain faces.

The manner in which the new government approached the review is one which bears closer examination. Rather than simply cutting costs to satisfy the Treasury, the Government decided to undertake a National Security Risk Assessment (NSRA) in order to examine in detail the threats the country is likely to face in the coming years. Based upon this risk assessment the Government then decided on measures to cut costs and ensure that the security of the nation would not be put at risk. The risk analysis is not confined to risks which might be mitigated by the Armed Forces; all potential threats to the country are included in the analysis.

The NSRA findings are grouped into Level One, Two and Three risks and include all national security risks, including overseas events. The results are intriguing and are of relevance to other European countries.

1. Level One risks

- Hostile attacks upon UK cyber space by other states and large scale cyber crime
- International terrorism affecting the UK or its interests
- An international military crisis between states involving the UK or its allies
- A major accident or natural hazard

2. Level Two risks

- A CBRN attack on the UK
- Instability or civil war overseas which could affect the UK
- Increase in organised crime
- Disruption of satellite communication

3. Level Three risks

- Conventional attack on the UK
- Disruption to energy supplies to the UK
- Nuclear disaster and release of radioactivity
- Conventional attack on another NATO/EU member
- Attack on UK overseas territory
- Disruption to international supplies of resources

The four Tier One risks are judged to be the highest priority for UK national security over the next five years, taking into account both likelihood and impact and form the basis of the Strategic Defence Review which was presented to Parliament on 19th October. Level Two and Three risks are important but they are judged to be either less impactful or less likely than those in Tier One.

The results are not only cuts in manpower and equipment but also investments in key areas considered to be crucial to the security of the UK. The government, for example, will invest 650m Pounds over the next four years to put in place a National Cyber Security Programme which includes a single point of contact for reporting cyber crimes and a range of other initiatives to combat the threat of cyber attacks.

The Royal Navy will shrink, however the new ships and submarines on order will be built and these will provide the Navy with state of the art equipment designed to meet the threats identified in the NSRA. It will still be able to land an amphibious force of around 1800 personnel and the single aircraft carrier will allow full interoperability with French and US forces.

The Air Force will lose a number of aircraft such as Sentinel, Harrier and Nimrod and will retain Tornado for a period of time. In future the Air Force will have a fast jet fleet based around Typhoon and Joint Strike Fighter and a modernised transport and tanker fleet based on C-17, A400M and A330.

The Army will have its fleet of heavy armoured vehicles reduced

by 40 per cent and heavy artillery by 35 per cent. One deployable brigade will be disbanded, leaving the Army with five deployable brigades. At the same time new medium weight armoured vehicles and armoured infantry fighting vehicles will be ordered, together with logistical vehicles offering a higher level of protection. The mobility of the Army will be improved through the introduction of a further 12 heavy lift Chinook helicopters bringing the fleet up to 60 in total. Updated Puma and Merlin helicopters will be retained; older helicopters such as Gazelle are to be retired. The fleet of 67 Apache ground attack helicopters will come into service as planned.

In future the UK Armed Forces will be able to conduct an enduring operation at brigade level (6,500 personnel) with maritime and air support, one non-enduring complex intervention (2,000 personnel) and one simple non-enduring intervention (1,000 personnel) at any one time. Furthermore, with warning and for a limited period of time, an operation involving three brigades, with maritime and air support involving around 30,000 personnel could be mounted. Such a force represents around two-thirds of the force deployed to Iraq in 2003.

The Special Forces will benefit from the Defence Review both in terms of numbers and equipment.

The plan will see cuts in Army manpower from around 102,500 to 95,500. The Navy and Air Force will each lose around 5,000 personnel. As a result, the Navy will have a headcount of around 30,000, the Army 95,000 and the Air Force 33,000. The size of the Armed Forces will thus come to a total of 148,000, a reduction of 7,000.

The biggest cuts, however, will be suffered by the civilians in the bloated Ministry of Defence where 25,000 jobs will go. There will also be a fundamental review of the way in which the Ministry of Defence is structured and managed. This review will be published next year and it can almost be ex-

pected to lead to further manpower cuts and restructuring.

These steps reflect the changes in the security environment since the end of the cold war and the new threats which have emerged in the past 20 years. In the past the levels of manning, volume and quality of equipment were driven by the Soviet threat, today they are driven by low intensity conflicts, organised crime, terrorism and the threat of an attack from cyber space. They are, however, only one of many steps which need to be taken. Clearly, Europe's leading military powers need to work more closely together which will lead to new and far-reaching defence relationships. The "special relationship" between the US and the UK has not become weaker but the new Government is more realistic about how much real influence the British have in Washington. For political reasons the US like "to have the Brits along", from a military perspective, however, British support is not really needed, with the possible exception of the Special Forces. Having said this it is clear that the strategic defence review puts interoperability of UK and US forces high up on the list of priorities.

At the same time France has put its relationship with the US on a new footing and the decision to re-join NATO in 2009 was more than only symbolic significance, for one it removed a big obstacle to co-operation with the UK. This opens up new possibilities for both countries.

France and the UK have a similar view of the world, are forced to reduce their armed forces and are willing and still able to project power globally. This opens up new possibilities of co-operation between the two countries armed forces. Both are hinting at jointly operating the future fleet of A400M military transport aircraft and France is keen to have access to the RAF's fleet of seven C-17s and the UK's 14 A330 tankers. Such moves make sense as they save money and enhance capabilities, they are also politically easy. A further step would be to jointly use the carrier fleet, a

move now possible as the UK will in future have one of its new carriers equipped with a catapult launch capability thus ensuring interoperability. Cooperation in the field of Strategic Defence or the sharing of nuclear research for military purposes is less likely in the short term but cannot be excluded the closer we come to replacing existing assets.

Such moves by France and Britain will further divide NATO into the "enablers" and "users" of security. It plays into the hands of those experts who predict that the future of NATO is an organisation which is simply concerned with defending the borders and not projecting power in those regions upon which we continue to be dependent. If nations cannot project power they really cannot defend much more than their borders and are dependent upon others to undertake such tasks if deemed necessary. The enablers, the US, UK and France, will maintain the capability of power projection and it is very much up to nations such as Germany and Italy, both more users than enablers, to decide which camp they intend to join. Clearly, NATO's job is more than simply the defence of the European home land. Today, and in the future, NATO needs to be able to project power outside its borders if so required. For this to happen, Germany, the most important country in the EU, needs to be able to play a meaningful role in such a security structure, this is really at the heart of the current efforts to reform Germany's armed forces.

The current debate in Germany around the issue of reforming the armed forces has now reached a crucial stage. Most politicians and the military realise that the German armed forces have equipment they don't really need and cannot afford the equipment they do need. The German Ministry of Defence, much as its counterpart in the UK is bloated, inefficient and out of touch with reality. The headcount is too high for the budget available, resulting in poor equipment levels and standards of training. It cannot be in the interest of Germany, NATO or the EU that

the German armed forces are not a fully-fledged partner of France or UK in matters of European security. For this to happen, decisions need to be taken in Berlin in the very near future, sitting on the fence is clearly no further an option.

For once it makes a great deal of sense to follow the UK in the way it has approached the problem of adjusting its security policy to shrinking budgets and changes in the security environment. Rather than restructuring the armed forces and then facing the challenges, the government should undertake a national security risk assessment and then decide on the cuts which need to be made and where investments in equipment and personnel are required in order to mitigate risks to the nation. Such a risk assessment followed by a reform of the German armed forces and the non-military security network needs to be communicated to the voters of the country, not simply decided behind closed doors and announced. Unless the voters understand the risks they are facing and why reforms are necessary, there will be only protests and no buy-in.

In any multi national company the board of directors is required to undertake a risk assessment for reasons of compliance before embarking on any significant and important investment, why should that be not the case when a government is considering huge changes which have security and financial implications for the entire nation?

Maxim Worcester, Berlin

Maxim Worcester is Senior Advisor at ISPSW, Berlin. Before, he was Senior Manager for Advisory Forensic at KPMG International. In the past he was Managing Director of Control Risks Germany, and held senior positions at the Economist Intelligence Unit, the Frankfurter Allgemeine Zeitung and Deutsche Börse AG. Opinions expressed in this contribution are those of the author.

This contribution was first published in the ISPSW Institute for Strategic, Political, Security and Economic Consultancy, Berlin, www.ispsw.de

THEMEN

Wissensmanagement in der Bundeswehr: 7 Thesen

Auszug eines Vortrages vor dem SAS Forum Deutschland zu „Strukturelle Herausforderungen der Bundeswehr“, 7. Oktober 2010, Bonn

- Die Bundeswehr hat in den letzten Jahrzehnten an vielen Arbeitsplätzen moderne Informations- und Kommunikationsmedien eingeführt, ohne die passenden "Spielregeln" zu entwickeln
- Der Transformationsprozess erfordert eine permanente, systematische und ebenengerechte Bereitstellung von Informationen
- MitarbeiterInnen in einer sich verschlankenden Organisation haben immer weniger Zeit zur strukturierten Suche nach Informationen
- Verstärkter Personalabbau beschleunigt den Verlust von Wissen
- Fehlende, aber auch überflüssige oder unstrukturierte Informationen verursachen Fehlzeiten und begünstigen Fehlentscheidungen und letztlich auch Fehlentwicklungen
- Der systematische Wissenstransfer innerhalb der Organisation ist wirtschaftlicher als der sporadische "Zukauf" von Wissen durch Neueinstellungen oder Beauftragung von externem Sachverstand
- Das Leistungspotenzial moderner IT kann erst in Verbindung mit entsprechenden Führungs- bzw. Managementverfahren und einer darauf abgestimmten Führungsorganisation voll zur Wirkung kommen

Harro Wist, Bonn

Ministerialdirigent Dipl.-Volkswirt Harro Wist ist Leiter Stab Leitungscontrolling im Bundesministerium der Verteidigung. Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder.

THEMEN

Afghanistan – Quo Vadis?

Interview mit Dr. Gunther Mulack
von Dr. Peter Roell

Dr. Roell: Herr Dr. Mulack, es ist offensichtlich, dass sich die Streitkräfte der NATO und der Nicht-NATO Staaten schrittweise aus Afghanistan zurückziehen werden. In Anlehnung an eine Aussage des ehemaligen deutschen Verteidigungsministers, Dr. Peter Struck, meine Frage: Wie lange muss Deutschland noch am Hindukusch verteidigt werden?

Dr. Mulack: Wir stehen mitten in einer Diskussion über die geeignete Abzugsstrategie aus Afghanistan. Der dortige Konflikt ist militärisch nicht zu gewinnen. Al Qa'ida hat sich bereits in anderen Staaten neu positioniert (Jemen). Eine Bedrohung für Deutschland geht von Afghanistan nicht mehr aus. Die Ausbildungslager für Terroristen befinden sich in den Stammesgebieten von Pakistan, im Jemen und in Somalia. Es wird jetzt darauf ankommen, verstärkt die afghanische Armee und die afghanische Polizei auszubilden, damit diese selbst für die Sicherheit und Ordnung in Afghanistan sorgen können. Ich gehe nicht davon aus, dass innerhalb der nächsten vier Jahre unsere Truppen dort abziehen werden.

Dr. Roell: Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Herr Königshaus, beklagte unlängst gravierende Ausbildungs- und Ausrüstungsmängel der Bundeswehr in Afghanistan. Handelt es sich Ihrer Meinung nach eher um punktuelle Mängel oder gilt dies für die Gesamtheit der deutschen Streitkräfte in Afghanistan?

Dr. Mulack: Die Bundeswehr ist in Afghanistan im Rahmen des ISAF-Mandats eingesetzt. Ihre Aufgabe ist es, in den entsprechenden Gebieten für die Sicherheit zu sorgen. Sie ist von Beginn an nicht als kämpfende Truppe in einen Kriegseinsatz geschickt worden. Die sich ändernde Lage und die wachsende Bedrohung – auch im Norden Afghanistans –

haben allerdings die Truppe immer mehr in Kampfhandlungen verwickelt. Es ist Aufgabe der Bundeswehrführung, die Truppe entsprechend auszustatten und auszubilden.

Dr. Roell: Verstärkte US-Luftschläge sowie Sonderoperationen der amerikanischen Streitkräfte haben in letzter Zeit nicht dazu geführt, dass die Kampfkraft der Taliban wesentlich geschwächt werden konnte. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Sicherheitslage in Afghanistan?

Dr. Mulack: Trotz gewisser Erfolge der militärischen Operationen der amerikanischen Streitkräfte in Afghanistan ist die Sicherheitslage insgesamt nicht besser geworden. Die Zahl der militärischen und zivilen Opfer hat sich weiter erhöht. Die verstärkten US Luftschläge führen zu Opfern auch unter der Zivilbevölkerung. Dieses führt zu einem erhöhten Zulauf von jungen Paschtunen, deren Familien Opfer zu beklagen haben, zu den Taliban. Im Übrigen weichen die Taliban dem direkten Kampf, wo immer es möglich ist, aus und ziehen sich in die Tribal Areas in Pakistan zurück. Es wird immer deutlicher, dass dieser Kampf durch militärische Operationen nicht zu gewinnen ist. Es kommt darauf an, einen umfassenden und zielführenden Dialogprozess in Gang zu setzen, der zu einer Einstellung der Kampfhandlungen führt und den gesprächsbereiten Taliban eine Perspektive für einen Platz in einem friedlichen Afghanistan eröffnet.

Dr. Roell: Führende Taliban halten sich auf pakistanischem Territorium auf. Dies geschieht mit Wissen des pakistanischen Militärs und des Geheimdienstes ISI. Hat der Westen Pakistan bislang zu sehr mit Samthandschuhen angefasst?

Dr. Mulack: Es ist bekannt, dass die Taliban aus Pakistan heraus die Kampfhandlungen in Afghanistan mitbestimmen. Die Quetta-Schura, die Peschawar-Schura und das Haqqani-Netzwerk sind die bekanntesten Akteure. Solange das pakistanische Militär und der ISI sich im Kriegszustand mit

Indien sehen und dabei das Konzept der strategischen Tiefe für Pakistan weiterverfolgen, werden sie auch Kontakte zu den Taliban halten, da diese in jeder künftigen Friedenslösung für Afghanistan für die pakistanischen Interessen eintreten werden.

Pakistan bekämpft auf Drängen der USA die eigenen Taliban und andere extremistische Gruppen, ist bisher aber nicht entschieden gegen die afghanischen Taliban auf pakistanischem Territorium vorgegangen. Hier wird es auch in Zukunft immer eine Doppelstrategie geben; einerseits wird man bekämpfen, was den Staat Pakistan selbst bedroht, andererseits wird man die Kräfte, die möglicherweise bei einer Friedenslösung pakistanische Interessen in Afghanistan vertreten, weitgehend schonen. Pakistan ist das Zentrum terroristischer Gewalt und Bedrohung und nicht Afghanistan. Die afghanischen Taliban verfolgen nationale politische Ziele. Die in den nicht kontrollierbaren Stammesgebieten Pakistans sich aufhaltenden internationalen Terroristen haben dem Westen und auch den von ihm unterstützte demokratisch nicht legitimierte Regimes in der islamischen Welt den Kampf angesagt.

Dr. Roell: Inwieweit kann der Westen auf diese maßgeblichen Entscheidungsträger einwirken, um deren überwiegend militärisch geprägte Sichtweise der Außen- und Sicherheitspolitik Pakistans zu verändern?

Dr. Mulack: Wir müssen den Terroristen den Nährboden entziehen und uns mehr um die gravierenden sozio-ökonomischen Probleme dieser Länder kümmern. Eine gezielte Entwicklungshilfe und ein offener Dialog mit der pakistanischen Regierung sowie ein gewisser Druck auf sie, sich der drängenden Probleme besser als bisher anzunehmen, sollte ins Auge gefasst werden. Damit meine ich eine Verbesserung des Schulsystems, der Gesundheitsfürsorge, Schaffung von Arbeitsplätzen, gute Regierungsführung und vor allem eine Bekämpfung der grassierenden Korruption. Rechtsstaatlichkeit und Fürsorge für die Ar-

men sind bisher in diesen Staaten nicht realisiert. Nur ein umfassender Hilfeansatz des Westens wird dazu beitragen können, Länder wie Pakistan langfristig zu stabilisieren.

Dr. Roell: *Die internationale Staatengemeinschaft unternimmt große Anstrengungen, Polizei und Streitkräfte in Afghanistan so auszubilden und auszurüsten, dass diese in die Lage versetzt werden, der eigenen Bevölkerung ein Mindestmaß an Schutz und Sicherheit zu gewähren. Wird diese Zielsetzung von Erfolg gekrönt sein?*

Dr. Mulack: Der Ausbildung von Polizei und Streitkräften in Afghanistan kommt zu Recht eine hohe Priorität zu. Es ist allerdings keine einfache Aufgabe, hier gezielt die richtige Ausbildung zu betreiben. Mangelnde Bildung, mangelnde Motivation und oft auch Drogenprobleme sind große Hindernisse. Angesichts der hohen Gefahren für die afghanischen Sicherheitskräfte, insbesondere auch für die Polizei, wäre es vielleicht doch angezeigt, den Sold für diese deutlich zu erhöhen. Solange es den Taliban gelingt, ausgebildete Rekruten abzuwerben, und oft geschieht dies durch höhere finanzielle Leistungen, ist die Ausbildung irgendwie auch eine Sisyphusarbeit. Auch müssen die Ausbilder besser geschult werden, um die speziellen Anforderungen in Afghanistan zu erfüllen.

Dr. Roell: *Nach Angaben der Vereinten Nationen erzielen die Taliban pro Jahr aus dem Drogenhandel einen Gewinn von 300 Mio. US Dollar und finanzieren damit ihre asymmetrische Kriegführung. Sehen Sie Möglichkeiten, das Drogengeschäft in Afghanistan wirksam eindämmen zu können?*

Dr. Mulack: Nach Angaben von Experten erhalten die Taliban aus dem Drogenhandel Zuschüsse zwischen 150 und 300 Million \$ im Jahr, mit denen sie ihre Bewaffnung und auch den Sold für die Kämpfer bestreiten können. Die Gesamtgewinne des internationalen Drogenhandels aus Afghanistan belaufen sich auf einen zweistelligen Milliardenbetrag! Im Üb-

rigen erhalten die Taliban auch weiterhin finanzielle Unterstützung aus anderen Staaten.

Die westliche Gemeinschaft hat es bisher versäumt, das Drogenproblem in Afghanistan wirklich energisch anzugehen. Ich halte die Entwicklung von attraktiven Alternativen in der Landwirtschaft und Viehzucht für die afghanischen Bauern als eine wichtige Möglichkeit, sie langfristig vom Anbau von Schlafmohn und Haschisch abzubringen. Einhergehen muss damit eine deutliche Entwicklung der Infrastruktur, Schulen, Gesundheitsfürsorge und auch eine Vermarktungspolitik für die agrarischen Erzeugnisse. Vor allem aber muss die Herstellung von Heroin in den entsprechenden Laboratorien, die großenteils sehr bekannt sind, drastisch unterbunden werden, und man muss auch gegen das internationale Schmuggelsystem wesentlich entschiedener vorgehen. Hierzu bietet sich eine Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten Afghanistans, Iran, Pakistan, Tadschikistan, Turkmenistan und auch Russland an.

Dr. Roell: *Weithin wird akzeptiert, dass nur eine politische Lösung Afghanistan aus der gegenwärtigen Krise führen kann. Wie könnte diese aussehen und inwieweit ließen sich die Staaten in der Region in diesen Prozess einbeziehen?*

Dr. Mulack: Eine politische Lösung zur Befriedung Afghanistans muss von den Afghanen selbst getragen werden. Wir können dazu nur Hilfestellung geben und diesen inner-afghanischen Prozess begleiten. Die Glaubwürdigkeit ihrer Friedenslösung hängt davon ab, dass sie von allen politischen Spielern und Ethnien in Afghanistan akzeptiert wird. Eine solche Friedenslösung wird aber nur funktionieren, wenn man die Nachbarn Afghanistans in einer weiteren Stufe mit einbezieht und sicherstellt, dass sie ein friedliches Afghanistan gut nachbarlicher Beziehungen unterstützen und eine gefundene Friedenslösung in Afghanistan nicht infrage stellen.

Dr. Roell: *Das Jahr 2011 wird aus meiner Sicht entscheidend für die Gestaltung der Zukunft Afghanis-*

tans werden. Welche Schwerpunkte sollte der Westen setzen, um Entwicklungen in Afghanistan positiv beeinflussen zu können?

Dr. Mulack: Der Westen muss sich noch intensiver mit der künftigen Strategie für Afghanistan – und dazu gehört auch die Exit-Strategie – beschäftigen. Das Problem Afghanistan lässt sich nicht lösen ohne auch Pakistan mit einzubeziehen. Insoweit ist der bereits jetzt verfolgte Ansatz einer AF-PAK-Strategie richtig. Neben einer verbesserten Ausbildungsstrategie für die afghanischen Sicherheitskräfte muss die westliche Gebergemeinschaft noch wirksamer als bisher eine Entwicklungsstrategie in Afghanistan verfolgen, die dieses Land in die Lage versetzt, eine sich selbst tragende Wirtschaft zu entwickeln.

Vor allem kommt es aber darauf an, die staatlichen Institutionen und auch die Kommunalverwaltung in den Provinzen besser zu entwickeln. Das Justizsystem und die Rechtsordnung bedürfen noch großer Unterstützung. Vor allem aber muss die grassierende Korruption entschieden bekämpft werden. Ein friedliches Afghanistan wird nur dann entstehen, wenn die afghanische Bevölkerung mehr Vertrauen in die eigenen Institutionen hat und den Staat nicht als Feind, sondern als eine fürsorgende Institution für die Bevölkerung sieht. Nur wenn die afghanische Bevölkerung sich stärker mit den staatlichen Institutionen identifiziert und zu ihnen Vertrauen fasst, wird sich ein stabiles Afghanistan entwickeln lassen. Dieses ist noch ein schwieriger und steiniger Weg, auf dem die Afghanen alle unsere Unterstützung benötigen.

Dr. Roell: *Welche Rolle spielt China in Afghanistan? Auf der einen Seite investiert Peking, insbesondere im Bereich Rohstoffe, beteiligt sich andererseits aber nicht im Kampf gegen die Taliban und Al Qaida?*

Dr. Mulack: China verfolgt strikt das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und kümmert sich vor allem um die Verfolgung seiner strategischen

Interessen, sich Rohstoffquellen zu sichern. Auch in Afghanistan ist man dabei, sich gerade in der Nutzung der dort vorhandenen mineralischen Bodenschätze zu engagieren. China hat allerdings kein Interesse daran, dass in Afghanistan eine radikal islamische Gesellschaft entsteht, da man von dieser eine Bedrohung bzw. Einflussnahme auf die eigenen islamischen Minderheiten in der Provinz Xianjiang befürchtet.

Dr. Roell: *Welche Staaten glauben Sie, werden im Kräftespiel um Afghanistan ihre Interessen besonders erfolgreich umsetzen können?*

Dr. Mulack: Die Staaten, die glaubwürdig und vertrauensvoll in Afghanistan auftreten können. Dazu gehört mit Sicherheit Deutschland, aber auch die Europäische Union insgesamt. Russland, Großbritannien und die USA werden immer noch als politische Hegemonialmächte gesehen, denen man nicht voll vertrauen kann. Natürlich wird auch Pakistan über die Schiene der paschtunischen Taliban weiterhin Einfluss nehmen. Der Iran sieht sich verantwortlich für die schiitischen Minderheiten in Afghanistan (Hazara) und die Tadschiken. Aber auch Indien unterhält zu Afghanistan stabile und freundschaftliche Beziehungen. Es wird darauf ankommen, alle Nachbarstaaten Afghanistans sozusagen als Garantemächte für einen Friedensprozess mit einzubinden.

Dr. Roell: *Herr Dr. Mulack, ich danke Ihnen für dieses Interview.*

Dr. Peter Roell, Berlin

Botschafter a.D. Dr. Gunther Mulack ist seit 01.09.2008 Direktor des Deutschen Orient-Instituts Berlin. Als Botschafter vertrat er die Bundesrepublik Deutschland in Kuwait und Bahrain, in Damaskus und Islamabad. Im Auswärtigen Amt war Dr. Mulack Referatsleiter in der Politischen Abteilung sowie Beauftragter für den Dialog mit der islamischen Welt – Dialog der Kulturen.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber
Der Vorstand der **pmg**

Redaktion
Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)
Tel.: +49 (221) 8875920
E-Mail: info@pmg-ev.com
Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der **pmg**.

